SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Folgen ungewiss: Venezuela vor den Regionalwahlen

Paulus, Manuel; Werz, Nikolaus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Paulus, M., & Werz, N. (2008). *Folgen ungewiss: Venezuela vor den Regionalwahlen.* (GIGA Focus Lateinamerika, 11). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-276215

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

Nummer 11
2008
4,- Euro
ISSN 1862-3573

LATEINAMERIKA

Folgen ungewiss. Venezuela vor den Regionalwahlen

Manuel Paulus und Nikolaus Werz

Die Regionalwahlen in Venezuela am 23. November 2008 werden zeigen, ob die Regierung ihre Anhänger diesmal besser zu mobilisieren vermag, als bei dem verlorenen Verfassungsreferendum im Dezember 2007.

Analyse:

Bei den dreizehnten Wahlen seit der Regierungsübernahme durch Hugo Chávez 1999 stehen 623 Posten (22 Gouverneure, 233 Abgeordnete, 328 Bürgermeister und 40 Stadträte) zur Disposition. Der Wahlvorgang selbst ist nicht einfach, der Wähler hat mancherorts bis zu zehn Stimmen und drei Stimmzettel. Gewählt wird an Computern, dafür sind drei Minuten vorgesehen. Doch zu den technischen Problemen kommt eine zunehmende politische Polarisierung:

- Das innenpolitische Klima hat sich vor der Wahl zugespitzt. Die politische Auseinandersetzung wird durch die anhaltende Spaltung der Gesellschaft sowie die sich verschlechternde Sicherheits- und Wirtschaftslage beherrscht.
- Die Opposition hat sich auf einheitliche Kandidaten geeinigt und beurteilt ihre Chancen sehr positiv. Ihr Entschluss, lokale Themen wie Unsicherheit und Müllproblematik in den Vordergrund zu rücken, kontrastiert mit dem Versuch des Regierungslagers, aus den Wahlen ein Plebiszit über den Präsidenten zu machen.
- Eine gefährliche Zunahme politisch motivierter Gewalt ist schon jetzt zu beobachten. Eine weitere Eskalation ist nicht auszuschließen.

Schlagwörter: Venezuela, Wahlen, Hugo Chávez, Opposition

Nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum

Die Opposition schöpft aus dem 2007 gescheiterten Verfassungsreferendum Mut. Erstmals nach einer Serie von Niederlagen war es ihr gelungen, Hugo Chávez an der Wahlurne zu besiegen. Die Bevölkerung wollte offensichtlich weder ein sozialistisches Gesellschaftsprojekt, noch eine unbegrenzte Wiederwahl des Präsidenten. Falsch schätzt die Opposition allerdings ihre Rolle dabei ein: Denn nicht ihre eigene Stärke hat damals zum Sieg geführt, sondern die Schwäche des Regierungslagers. Einerseits wurde der von Chávez geplante Umbruch von den Gouverneuren und Bürgermeistern nicht mitgetragen, die bei der Umsetzung von zentralistischen Maßnahmen an Einfluss verloren hätten. Zum anderen fühlten sich selbst Anhänger von Chávez mit der geplanten Konzentration der Macht unwohl und gingen nicht zur Wahl.

Die Opposition stellt den Bürgern einen haushohen Wahlsieg in Aussicht. Sie glaubt, nur auf diese Weise ihre eigenen Wähler mobilisieren und die Regierungsanhänger demoralisieren zu können. Manche Parteiführer verkünden vollmundig, 15 bis 20 der Gouverneursposten gewinnen zu können. Dies erscheint aber als unrealistisches Ziel. Wahrscheinlicher ist vielmehr, dass die Opposition zwischen 15 und 20% der Ämter besetzen kann.

… mit 26 Gesetzesdekreten doch noch zum Ziel?

Der Erfolg der Opposition beim Referendum 2007 wird getrübt durch 26 Gesetzesdekrete, die im Nachhinein mittels eines „Ermächtigungsgesetzes" (*ley habilitante*), an dessen letzten Gültigkeitstag (dem 31. Juli 2008), sozusagen in letzter Minute, erlassen wurden. Offenbar war die Aktion so schlecht vorbereitet, dass im offiziellen Gesetzesblatt zunächst nur die Überschriften veröffentlicht wurden. Erst am 4. August 2008 wurden die Texte nachgeliefert. Sie enthalten weite Teile der 2007 im Referendum abgelehnten Vorhaben.

Die 26 Gesetze zielen auf unterschiedliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und sollen die bolivarische Revolution voranbringen.[1] Am unmittelbarsten ist das Gesetz zur Nahrungsmittelsicherheit mit dem sozialistischen Vorhaben verbunden. Es ermöglicht eine Beschlagnahmung von Lebensmitteln zur Sicherung der öffentlichen Versorgung. Damit soll die durch zuvor dekretierte Preiskontrollen entstandene Spekulation unterbunden werden.

Darüber hinaus wird eine direkt dem Präsidenten unterstellte Ehrengarde eingerichtet. Diese wird im Gesetzestext noch vor den anderen Heeresteilen erwähnt und hat als besondere Aufgabe, den Amtsinhaber, seine Familie und von ihm bestimmte Personen zu schützen. Außerdem wird eine „Bolivarische Nationalmiliz" geschaffen, welche die Bürger auf die nationale Verteidigung vorbereiten soll. Dies steht in Einklang mit dem vom Präsidenten seit Jahren immer wieder erhobenen Vorwurf, die USA planten eine unmittelbar bevorstehende Invasion. Die Bürger sollen, vermutlich ähnlich wie in den „Komitees zur Verteidigung der Revolution" (CDR) in Kuba, in sogenannten „Territorialen Milizen" auf einen Guerillakampf eingestimmt werden. Dazu sollen in den jeweiligen *Consejos Comunales* Verteidigungskomitees gebildet werden, welche dann von der Miliz ausgebildet und ausgestattet werden.

Weitere Gesetze betreffen den Banken- und Finanzsektor, die Schaffung eines Sozialfonds, die Nahrungsmittel- und Agrarproduktion, den Tourismus und die sogenannte *Economía Popular*. Auf dem Papier entsprechen die Vorhaben teilweise den Auflagen von *Good Governance*, wie sie unter anderem von Entwicklungsorganisationen gefordert werden. In der Umsetzung wird dieser Eindruck aber durch die Konzentration aller bedeutenden Entscheidungen beim Präsidenten konterkariert. Gepaart mit der notorischen Unfähigkeit des venezolanischen Staates, die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zu gewährleisten, erweisen sie sich als besonders geeignet zur Anwendung gegen politische Gegner.

***Inhabilitaciones* – Entzug des Wahlrechts**

Über 300 Kandidaten wurde in den vergangenen Monaten das passive Wahlrecht bei den anstehenden Wahlen entzogen. Diese sogenannten *Inhabilitaciones* sind im Rahmen eines, auch mit Stimmen der Opposition im Jahr 2000 verabschiedeten Gesetzes vorgenommen worden. Es ermöglicht den Entzug des passiven Wahlrechtes für jene Staatsbürger, gegen die ein Verfahren wegen Korruptionsverdacht bzw. Misswirtschaft im Amt eingeleitet wurde, ohne dass ein rechtsgültiges Urteil vorliegt. In der Praxis bedeutet dies, dass der Oberste Generalstaatsanwalt derzeit eine Vielzahl von Kandidaten (davon 80% aus der Opposition) entsprechender Delikte bezich-

[1] Der Text der Gesetze ist im Internet nachzulesen u.a. bei <www.analitica.com/26leyesdelahabilitante>, Stand: 25.10.2008.

tigt und sie so von der Wahl ausgeschlossen hat.[2] Diese Entscheidung, nicht jedoch die konkreten Vorwürfe, wurden vom Obersten Gerichtshof des Landes bestätigt. Unter den *Inhabilitados* befindet sich auch der als aussichtsreich geltende Kandidat für das Oberbürgermeisteramt von Caracas, der bisherige Bezirksbürgermeister des Stadtteils Chacao, Leopoldo López. Proteste der Opposition werden von der Regierung mit dem nicht ganz von der Hand zu weisenden Argument abgetan, dass diese damals selbst für das Gesetz gestimmt hätte. Das Europaparlament hat dazu am 23. Oktober 2008 eine kritische Resolution verabschiedet, die von venezolanischer Seite umgehend als Einmischung in innere Angelegenheiten abgelehnt wurde.

Einzelne Maßnahmen gegen Kritiker

Am 18. September 2008 präsentierten die Amerika-Direktoren der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* (HRW) in Caracas einen kritischen Bericht: „A Decade Under Chávez – Political Intolerance and Lost Opportunities for Advancing Human Rights in Venezuela".[3] Darin wird der gescheiterte Staatsstreich gegen die Regierung Chávez im Jahr 2002 als massive Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte bezeichnet, jedoch auch festgestellt, dass unter der amtierenden Regierung Intoleranz und Unterdrückung zugenommen hätten. Anschließend wurden die beiden Direktoren in ihrem Hotel abgeholt, ohne konsularischen Schutz zum Flughafen gebracht und des Landes verwiesen. In der Begründung äußerte Außenminister Maduro, die Einwände seien unhaltbar, da in Venezuela absolute Meinungs- und Pressefreiheit herrsche. Die Organisation HRW werde von den USA finanziert, um Venezuela zu destabilisieren. Mit ihren Äußerungen hätten die beiden Ausländer gegen die Verfassung verstoßen, da sie als Touristen nicht das Recht hätten, sich politisch zu betätigen.[4]

Nur wenige Tage später, am 29. September, wurde dem aus Deutschland eingewanderten Soziologen Heinz R. Sonntag bei der Wiedereinreise nach Venezuela sein Pass entwertet, obwohl dieser bis Dezember 2011 gültig war. Der emeritierte Professor ist seit 25 Jahren venezolanischer Staatsbürger und hat u.a. mit seinen Forschungen zu Staat und Sozialismus viel Anerkennung im linken Spektrum Lateinamerikas errungen. Er gehört dem Oppositionsbündnis *Movimiento 2D* an.

Am 1. Oktober wurde der studentische Oppositionsführer Julio Sotos auf offener Straße im Auto erschossen; er wurde von 25 Kugeln getroffen.[5] Seine vier Mitfahrer gingen beinahe unverletzt aus dem Anschlag hervor, was ein gezieltes Attentat vermuten lässt. Diese Einzelfälle belegen die Zuspitzung und das Gewaltpotential der politischen Auseinandersetzung in Venezuela. Zusammen mit den militärischen Drohungen des Präsidenten gegen die Opposition ergeben sie ein Szenario, in dem eine gewaltsame Konfrontation im Nachgang der Wahlen zumindest möglich erscheint.

Haushaltslage, Dollarkurs, Erdölpreis

Der Höhenflug des Erdölpreises mit bis zu US$ 132 pro Barrel[6] hat dem venezolanischen Staat bisher ungeahnte Einkünfte beschert, mit denen die umfangreichen nationalen und internationalen Sozialprogramme, der Klientelismus und die Misswirtschaft finanziert werden konnten. Die seit 2007 verstärkt betriebenen Verstaatlichungen von ganzen Industriezweigen und der damit verbundene Austausch von Führungspersonal haben die Erdölabhängigkeit des Landes weiter verstärkt (98% der Exporte sind erdölbasiert).[7]

Die Problematik dieser Entwicklung wird deutlich, seit sich der Erdölpreis binnen drei Monaten mehr als halbiert hat. Der Haushaltsentwurf für 2009 geht von einem durchschnittlichen Erdölpreis von US$ 60 pro Barrel aus. Bei seiner Vorstellung im September galt dies noch als vorsichtig gerechnet, da der Preis sich um die US$ 100 bewegte. Im November 2008 liegt der Preis nun unter US$ 60. In diesem Zusammenhang macht sich auch schmerzlich bemerkbar, dass die Fördermenge aufgrund fehlender Investitionen seit Jahren konstant zu-

[2] Rechtlich ist dies deswegen zu verurteilen, weil es einem der obersten Rechtsgrundsätze, *Nulla poena sine culpa* (Keine Strafe ohne Schuld) widerspricht. Konkret sind die Vorwürfe in vielen Einzelfällen vermutlich zutreffend, ohne ein rechtsgültiges Urteil aus einem fairen Prozess jedoch nicht zu bestrafen.

[3] Der Chilene José Miguel Vivanco und der US-Amerikaner Daniel Wilkinson sind Amerika-Direktoren der Organisation HRW. Der Report ist unter <http://hrw.org/reports/2008/venezuela0908/venezuela0908webwcover.pdf>, Stand: 28.10.2008) abrufbar.

[4] Vgl. Pressemitteilung des Außenministeriums vom 19.9.2008: <www.mre.gob.ve/Noticias/Canciller_NM/A2008/Declar-263-08.htm>, Stand: 28.10.2008.

[5] Die Opposition in Venezuela lebt gefährlich, in: Die Welt, 13.10.2008.

[6] Vgl. Ministerio del Poder Popular para la Energía y Petróleo: Precios de Petróleo – Evolución de Precios 2007-2008, <www.mem.gob.ve/preciopetroleo/index.php>, Stand: 5.11.2008.

[7] Vgl. Presupuesto 2009 dependerá más del aporte petrolero, in: El País, 22.10.2008.

rückgeht.[8] Angesichts dieser Entwicklung und der internationalen Finanzkrise hat der Präsident zur Sparsamkeit aufgerufen und im Haushalt für 2009 Einsparungen von 20% verordnet. Dies ist auch dringend nötig, da trotz der reichlich sprudelnden Einnahmen im laufenden Jahr bis zum 30. Juni bereits US$ 2,63 Mrd. neue Schulden gemacht werden mussten.[9] Schon eine Reduktion der Ausgaben um nominell 20% dürfte aber erhebliche Probleme bringen. Denn effektiv würde dies beim derzeitigen Inflationsniveau von offiziell 21,8%[10] beinahe eine Halbierung (-37,4%) bedeuten. Mit Bedacht auf die ohnehin hohe Unzufriedenheit in der Bevölkerung und des hohen Stellenwerts von klientelistischen Praktiken wären solche Einschnitte nur in „bevölkerungsfernen" Sektoren wie dem Militär oder der Außenpolitik realisierbar. Gerade hier ist jedoch keine Reduzierung, sondern bei den Militärausgaben sogar eine Aufstockung der Mittel vorgesehen. Bei der Beurteilung der Zahlen gilt es zu bedenken, dass große Teile der Staatsausgaben nicht mehr über den offiziellen Haushalt, sondern direkt über den staatlichen Mischkonzern *Petróleos de Venezuela* (PDVSA)[11] bzw. über verschiedene Sozialfonds gebucht werden, womit sie sich der öffentlichen Kontrolle entziehen.

Ein weiteres wirtschaftspolitisches Moment bildet der Wechselkurs zum US-Dollar, welcher mittels Wechselkurs- und Devisenkontrolle bei *Bolívar Fuerte* (Bs.F) 2,15. gehalten wird. Diesen Preis hält die Zentralbank künstlich niedrig, um die Importe des Landes zu begünstigen und auf diese Weise die Inflation einzudämmen. Auf dem Schwarzmarkt wird jedoch zum doppelten Preis gehandelt. Eine Anpassung des Wechselkurses nach den Wahlen ist wahrscheinlich und würde zu einem Anstieg der Inflation führen. Bereits jetzt spürt die ärmere Bevölkerung den Preisanstieg deutlich. Der Essenswarenkorb für eine fünfköpfige Familie hat sich im vergangenen Jahr um 47,8% verteuert und lag damit fast doppelt so hoch, wie der gesetzliche Mindestlohn eines Arbeiters. Der entsprechende Wert eines Standardwarenkorbes inklusive grundlegender Dienstleistungen verteuerte sich um 39,2% und kostet das 3,5-fache eines Mindestlohns.[12] Viele Nahrungsmittel und Hygieneprodukte sind selbst mit Geld nicht erhältlich, da die staatlich verordneten Preise entweder unter den Produktionskosten liegen oder ein Verkauf ins Ausland gewinnbringender ist. Deswegen fehlen regelmäßig Öl, Mehl, Milch, Zucker und Kaffee in den Supermarktregalen und sind auch in den staatlich subventionierten *Mercal*-Märkten nicht ausreichend verfügbar.

Die bei der lateinamerikanischen Wirtschaftskommission CEPAL angegebenen Daten zeigen, dass sich die Lebenssituation der ärmeren Bevölkerung in den letzten Jahren verbessert hat. Gleichzeitig sind die Zahlen jedoch auch sehr umstritten, da sie auf offiziellen Angaben der venezolanischen Regierung beruhen.

Tabelle 1: BIP- und Armutsentwicklung unter der Präsidentschaft Chávez

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
BIP Wachstum	0,3%	-6,0%	3,7%	3,4%	-8,9%	-7,8%	18,3%	10,3%	10,3%	8,4%
Armut (relativ)	…	49,4%	…	…	48,6%	…	45,4%	37,1%	30,2%	…
Armut (absolut)	…	21,7%	…	…	22,2%	…	19,0%	15,9%	9,9%	…

Quelle: CEPAL 2008, <www.cepal.org/estadisticas/bases/>, Stand: 13.11.2008.

Die folgende Grafik verdeutlicht die Strukturen des von Präsident Chávez errichteten Systems, welches den direkten Kontakt des Präsidenten mit der Bevölkerung ermöglichen soll. Die damit verbundene Schwächung der Institutionen und die fehlende öffentliche Kontrolle erleichtert die klientelistische und korrupte Verwendung der eingesetzten Mittel.

[8] Während PDVSA die Fördermenge mit 3,4 Mio. Barrel angibt, verzeichnen die Internationale Energieorganisation und die OPEC lediglich 2,33 Mio. Fässer in ihren Statistiken. Vgl. El petróleo se vuelve contra Chávez, in: El País, 24.10.2008.

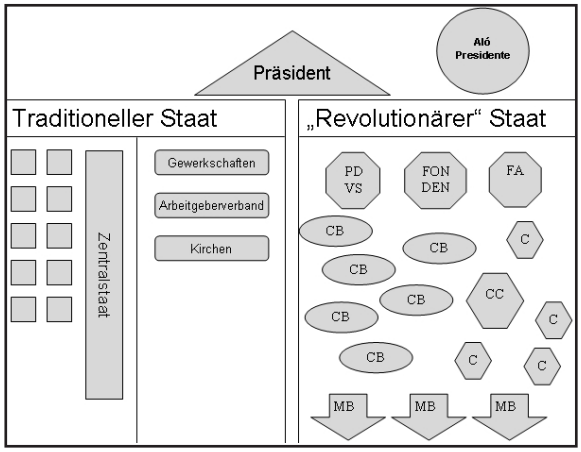
[9] Ministerio del Poder Popular para las Finanzas: Saldo de la Deuda Pública Externa, <http://mflrep01.mf.gov.ve/repositorio/SALEXT_3036.xls>, Stand: 28.10.2008. Die Außenverschuldung Venezuelas in Höhe von US$ 29,953 Mrd. ist gemessen am BIP des Landes unbedenklich; problematisch ist die Tatsache, dass während einer nie dagewesenen *Bonanza* überhaupt neue Schulden gemacht wurden.

[10] Instituto Nacional de Estadistica: <www.ine.gov.ve/textospromocionales/INPCSeptiembre2008.html>, Stand: 13.11.2008.

[11] PDVSA ist der staatliche Erdölkonzern Venezuelas mit weltweiten Beteiligungen, u.a. auch in Deutschland und den USA. Durch zahlreiche Unterfirmen ist er inzwischen auch in der Industrie- bzw. Nahrungsmittelproduktion (PDVAL) tätig.

[12] CENDAS FVM (2008): Indicators Summary, Nr. 80, September. Caracas.

Abbildung 1: Das Regierungssystem unter Präsident Chávez



Legende: PDVSA- Staatlicher Mischkonzern für Erdöl, Industrie und Lebensmittel; FONDEN- Nationaler Entwicklungsfonds; FA- Streitkräfte; CB- Bolivarische Zirkel; CC- Komunalräte; MB- Bolivarische Missionen

Quelle: Eigene Darstellung, nach Gesprächen mit Thais Maingon und Yolanda D'Elia.

Themen: Sicherheit, Müll und Missionen

Die Regierung versucht, die Regionalwahlen in ein Plebiszit über den Präsidenten zu verwandeln, auch um die Niederlage beim Verfassungsreferendum 2007 zu relativieren. Dem liegen folgende Motive zugrunde: zum einen die nach wie vor hohen persönlichen Zustimmungswerte des Präsidenten. Zum anderen kann auf diese Weise effektiv auf das gängige Freund-/Feindschema zurückgegriffen werden, bei dem die Opposition als „Handlanger des Imperiums" bezeichnet und damit diskreditiert werden soll. Die Regierung unterscheidet in ihrer Propaganda zwischen Patrioten und von den USA bezahlten Vaterlandsverrätern (*Vendepatrias*).

Die Opposition hat sich auf „dieses Spiel" aber nicht eingelassen und zum ersten Mal die Auseinandersetzung mit dem Chavismus nicht zum Hauptthema ihrer Kampagne gewählt. Sie verweist zwar auf das gewonnene Referendum des letzten Jahres und die Chance, die Regierung in demokratischen Wahlen schlagen zu können, konzentriert sich sonst aber auf Sachthemen wie Kriminalität, Sicherheit und Infrastruktur (v.a. die nicht funktionierende Müllabfuhr). Dies ist bei den Regionalwahlen möglich, da sie reale Probleme darstellen, deren Lösung nicht durch ideologische Schranken verbaut ist.

Die Sicherheitslage wird in allen größeren Städten von der Bevölkerung als das wichtigste und drängendste Problem angesehen. In Caracas liegt beispielsweise die Mordrate bei 130 auf 100.000 Einwohner pro Jahr.[13] Die Morde passieren vor allem in *Barrios*, in denen Banden und Kleinkriminelle von der Polizei weitgehend unbehelligt agieren können. Die Bewaffnung der Akteure wird zum zentralen Problem, da mitunter nicht nur Pistolen, sondern schwerere Waffen bis hin zu Panzerfäusten eingesetzt werden.[14] Es kann vermutet werden, dass diese teilweise aus Armeebeständen stammen und durch Korruption bzw. fehlende Kontrolle in Umlauf geraten. Eine Rolle spielen auch Waffen, die von der Regierung ausgegeben werden, um Venezuela im Falle einer US-amerikanischen Invasion oder eines erneuten Staatsstreiches zu verteidigen.

Schwache Opposition

Eine einheitliche Opposition besteht nicht. Verschiedenste Parteien und Interessengruppen werden nur durch die Ablehnung der Regierung geeint. Ideologisch sind so unterschiedliche Gruppen wie die linke *Movimiento al Socialismo* (MAS) und konservative Parteien wie *Primero Justicia* (PJ) vertreten.

Nach negativen Erfahrungen (fehlgeschlagener Staatstreich 2002, gescheiterter Generalstreik und Abberufungsreferendum 2004) scheint die Opposition eingesehen zu haben, dass sie die Regierung Chávez nur auf demokratischem Weg ablösen kann. Um trotz der Spaltung der Gesellschaft Wahlen zu gewinnen, bei denen immer noch 40% der Wahlberechtigten den amtierenden Präsidenten direkt unterstützen, ist es unabdingbar, die Kräfte zu bündeln.[15] Aus dieser Erkenntnis

[13] Vgl. Foreign Policy 2008: the List. Murder capitals of the world, <www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4480>, Stand: 28.10.2008. Gefolgt wird Caracas in der Statistik von den Städten San Salvador, El Salvador (68 auf 100.000 Einwohner), Bogotá, Kolumbien (18) und Tegucigalpa, Honduras (7). Vgl. Caracas es la capital con más homicidios de América Latina, in: El Nacional, 27.8.2008.

[14] Bei nicht repräsentativen Befragungen, die im September diesen Jahres mit Bewohnern der wichtigsten Viertel von Caracas (Catia, Petare, Antímano und La Pastora) geführt wurden, kam das Thema (Un-)Sicherheit immer als drängendstes Problem zur Sprache. Schilderungen dieser Bandenkämpfe wären gut geeignet für manchen Hollywood-Plot.

[15] Einzige Ausnahme ist der gut situierte Stadtteil Chacao in Caracas, in dem der Chavismus keine nennenswerte Unterstützung erhält. Dort hat die Opposition mehrere Kandidaten aufgestellt, die miteinander konkurrieren und einen „normalen" inhaltlichen Wahlkampf führen.

heraus hat es die Opposition geschafft, sich überall auf einen Kandidaten zu einigen. Dies ist angesichts der Differenzen beachtlich und vermittelt den Eindruck einer Einheit, die indessen nur vom Machtwillen der Beteiligten aufrechterhalten wird. Bereits die Einigung auf gemeinsame Wahlprogramme fiel den Parteien schwer. Als klug dürfte es sich herausstellen, die Themen jeweils lokal zu halten und sich nicht darauf einzulassen, die Regionalwahlen zu einem nationalen Plebiszit über den Präsidenten aufzuwerten. So kann eine Schwäche des Chavismus genutzt werden, der durch seine zentralistischen Strukturen und die Entscheidungskonzentration beim Präsidenten, die lokalen Kandidaten zur Bedeutungslosigkeit degradiert (s.u.).

Überhöhte Erwartungen könnten die Opposition nach den Wahlen in eine problematische Lage bringen. Sie sieht sich zwar nach dem Erfolg im Dezember 2007 im Aufwind. Sollte sie aber nicht massiv mehr Wähler mobilisieren können als damals, dürfte sie den Schwung verlieren. Deshalb spricht sie von einem möglichen Wahlsieg in bis zu 20 Teilstaaten und der Mehrheit der Kommunen. Sie läuft dadurch wiederum Gefahr, bei einem schlechten Resultat neue Enttäuschungen hervorzurufen.

Die Sozialistische Partei der Einheit

Der Versuch des Regierungslagers, wie die Opposition einheitliche Kandidaten aufzustellen, scheiterte, da Chávez „seine" Kandidaten nur unter dem Banner der *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV) antreten lassen wollte. Die kleineren Regierungspartner, v.a. die Kommunistische Partei (*Partido Comunista de Venezuela* – PCV), beugten sich diesem Druck jedoch nicht, damit widersetzten sie sich seinem Versuch, die PSUV als eine Einheitspartei im Stile der mexikanischen PRI zu etablieren. Dem Zentralisierungswahn des Präsidenten erlag auch seine Partei. Die Kandidatenaufstellung wurde zwar in sogenannten Mitgliederwahlen vollzogen – jedoch sind die Ergebnisse dieser Wahlen in vielen Fällen nicht respektiert worden, trotz anders lautenden Wahlergebnissen wurden die Wunschkandidaten der Parteiführung (d.h. des Präsidenten) aufgestellt.[16] Nachdem zwei Gouverneure zur Opposition übergelaufen sind, war es eines der Hauptanliegen des Chavismus, loyale Anhänger zu nominieren, um eine Wiederholung dieser schmerzhaften Erfahrungen zu vermeiden. In den Wahlkampfauftritten betonte der Präsident deshalb immer wieder, dass es keine weiteren Verräter mehr geben dürfe. „Mir haben sie früher immer gesagt, jeder sei käuflich. Es sei nur eine Frage des Preises. Ich sage, ich bin nicht käuflich. Mein Preis ist das Vaterland."[17] Diese Einstellung verlange er auch von den Kandidaten, so Chávez.[18] Der Kandidat für das Gouverneursamt von Miranda, Diosdado Cabello, äußerte sich gegenüber der Tageszeitung *Últimas Noticias* folgendermaßen: Er selbst sei unbedeutend. Ohne den Rückhalt des Präsidenten würde er nicht mal 5% der Stimmen gewinnen.[19]

Als Ansporn für die eigenen Anhänger hat der Präsident am 1.11.2008 auf einer Wahlkampfveranstaltung des PSUV den *Plan Padre* (*Plan de Aceleración de Desarrollo Regional*) verkündet, im Rahmen dessen Gouverneure Vorschläge machen können, wie die regionale und lokale sozialistische Entwicklung voran gebracht werden soll. Der Präsident würde dann, nach gewonnener Wahl, die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Er legt dabei großen Wert darauf, dass der neue Plan keine bolivarische Mission sei. Dennoch ist die klientelistische Konzeption offensichtlich, da eine Ausschüttung der Mittel nur an Regierungsanhänger vorgesehen ist.[20] Stark kritisiert wurde auch, dass staatliche Gelder und Medien in großem Umfang für Wahlkampfzwecke der Regierung eingesetzt wurden. So überträgt der staatliche Sender VTV alle Wahlveranstaltungen des PSUV live.[21]

Außenpolitischer Aktivismus

Wie schon bei der Erhöhung der Erdölpreise in den 1970er Jahren nutzte Venezuela den erneuten globalen Preisboom und die ökonomischen Krisen zu verstärkten außenpolitischen Aktivitäten. Damit erlangte Chávez in der medialen Weltöffentlichkeit eine Position, die in der Vergangenheit nur Castro – wenigstens im Hinblick auf Lateinamerika – besaß. Allerdings ist die Kapazität des venezolanischen Staates, den Ankündigungen vom Bau von Erdöl- und Gaspipelines bzw. von Raffinerien auch entsprechende Taten folgen zu lassen, gering. Die Nutznießer in Lateinamerika stört dies insofern nicht, da ein erheblicher Teil der Zuwendungen direkt erfolgt (etwa in Bolivien und

[16] Dieses Detail wird gerne unterschlagen, wenn auf die demokratischere Kandidatenaufstellung des PSUV im Vergleich mit den Oppositionsparteien verwiesen wird.

[17] Rede bei der Vorstellung der Kandidaten im Estadio Poliedro am 28.9.2008, übertragen von *Venezolana de Televisión* (VTV).

[18] Während der Präsident früher peinlich genau darauf achtete, immer nur vom bolivarischen Prozess und seinen Erfordernissen zu sprechen, ist er in jüngster Zeit zur Ich-Form übergangen, und verlangt und prangert an.

[19] Diosdado Cabello: Los votos son del presidente, in: Últimas Noticias, 31.8.2008.

[20] <www.aporrea.org/misiones/n123350.html>, Stand: 13.11.2008.

[21] Vgl. CNE investigará a VTV por violar normas de campaña, in: El País, 29.10.2008.

Nicaragua, aber auch im argentinischen Wahlkampf). In einer „Außenpolitik der Völker" richtet sich Präsident Chávez sowohl an Regierungen als auch soziale Bewegungen bzw. (linke) Gruppen in Lateinamerika. Zumindest in der Vergangenheit unterhielt er auch Kontakte mit der kolumbianischen Guerilla FARC.

Mit Blick auf den erhofften Geldsegen wenden sich auch Regierungen an den venezolanischen Präsidenten, die bislang nicht dem national-populistischen Spektrum zugerechnet wurden. Hier seien Honduras und jüngst Costa Rica genannt, die sich der „Bolivarischen Alternative für die Amerikas" (ALBA) angeschlossen haben bzw. dies in Erwägung ziehen. „Caracas sei vier- oder fünfmal so großzügig wie die USA", erklärte der costa-ricanische Präsident Arias im Europäischen Parlament.[22] Inwieweit Präsident Chávez seine Scheckbuchdiplomatie angesichts niedriger Erdölpreise fortsetzen kann, scheint fraglich, allein die bisherigen Überweisungen und Ankündigungen sichern ihm aber Aufmerksamkeit und Sympathie auch bei den Globalisierungsgegnern. Geflissentlich übersehen wird dabei die Tatsache, dass er u.a. durch die Waffenkäufe in und die Militärmanöver mit Russland eine Rüstungsspirale mit in Gang gesetzt hat.

Mit dem Regierungswechsel in Washington wird es für Präsident Chávez schwieriger, das Feindbild USA aufrecht zu erhalten; einzelne Versuche, die Begeisterung der Bevölkerung für McDonalds durch eine vorübergehende Schließung der Lokale zu bremsen und Appelle für die eigenen Mitarbeiter, die Reisen nach Miami zu reduzieren, blieben ohne Folgen. Sowohl die lateinamerikanischen als auch einzelne europäische Länder legen ein nüchternes Verhältnis gegenüber dem bolivarischen Venezuela an den Tag. Unterstützung oder finanzielle Geschäfte werden gerne angenommen, etwa im November in einem Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz; Chávez' außenpolitischen Führungsansprüchen möchte man indessen nur begrenzt folgen.

Bislang hat das starke außenpolitische Engagement kaum Wirkung auf Chavez' Ansehen im Land gehabt. Schon in den späten 1970er Jahren, als die meisten südamerikanischen Länder von Militärdiktaturen beherrscht wurden, zeigten die Venezolaner eine bemerkenswerte Großzügigkeit gegenüber anderen Lateinamerikanern.

Szenarien für den Wahlausgang

- Szenario I: Die Opposition gewinnt zwei bis fünf Gouverneure und kein wichtiges Bürgermeisteramt (wie zum Beispiel in Caracas oder Maracaibo). Die Regierung kann auf eine hohe Input-Legitimität verweisen und international ihren demokratischen Charakter demonstrieren. Dagegen wird die Opposition im Streit auseinanderbrechen und von Wahlbetrug sprechen.
- Szenario II: Die Opposition gewinnt wenige Gouverneursposten, aber ein wichtiges Bürgermeisteramt. Die Regierung wird versuchen, auf legalem Weg den Oppositionssieg rückgängig zu machen (Korruptionsvorwürfe o.ä.). Die Opposition kann auf einen Achtungserfolg verweisen und die Regierung inhaltlich unter Druck setzen. In den gewonnenen Staaten wird sie versuchen, ein eigenes Patronage- und Klientelsystem aufzubauen.
- Szenario III: Die Opposition gewinnt die Mehrheit der Gouverneursposten und/oder wichtige Bürgermeisterämter. Dies ist das konfliktivste Szenario. Da die Regierung die Wahlen nicht annullieren kann,[23] wird sie mit allen Mitteln versuchen, den Kandidaten ihre Machtbasis zu entziehen. Die Grundlage dafür hat der Präsident mit den 26 im Juli 2008 erlassenen Gesetzen gelegt, die es ihm ermöglichen, in den Teilstaaten eigenen Vertreter (*Autoridades Regionales*) einzusetzen, die von den Gouverneuren unabhängig agieren können.[24] Aufgrund der Möglichkeit der Zentralregierung, die Verteilung von Einnahmen aus Steuern und Abgaben zu kontrollieren, kann oppositionellen Gouverneuren der Handlungsspielraum eingeschränkt werden. Präsident Chávez hat in der Endphase des Wahlkampfes damit und mit militärischen Maßnahmen gedroht. Eine Reaktion der Opposition ist schwer vorhersehbar. Ohne die Möglichkeit des Aufbaus eines eigenen Patronage- und Klientelsystems kann die derzeitige relative Stärke nicht konsolidiert werden. Auf diesen Abriebeffekt wird die Regierung setzen.

[22] La marea petrolera de Chávez arrastra a Costa Rica, in: El País, 10.11.2008.

[23] Entsprechende bereits von Teilen der Opposition erhobene Vorwürfe sind als unwahrscheinlich einzustufen, da der (schein-) demokratische Charakter des Landes erhalten bleiben muss.

[24] Dekret Nr. 6.127, Ley Organica de la Administración Pública, Art. 70, 31.7.2008.

Die Autoren

Manuel Paulus, M.A., Politikwissenschaftler, seit 2007 am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. Letzter Forschungsaufenthalt in Venezuela im Sommer 2008.
Email: <manuel.paulus@uni-rostock.de>
Prof. Dr. Nikolaus Werz, Politikwissenschaftler, seit 1994 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Rostock. Email: <nikolaus.werz@uni-rostock.de>

Gegenwärtige Forschung am GIGA zum Thema

Im von der DFG geförderten Projekt „Risikofaktor Ressourcenreichtum? Zur Bedeutung von Kontextbedingungen für den Zusammenhang von natürlichen Ressourcen und Gewalt in Nicht-OECD-Staaten" werden u.a. die Auswirkungen des Ressourcenreichtums Venezuelas untersucht und mit Entwicklungen in anderen Erdölländern verglichen. Ressourcenreichtum wird auf sein inner- und zwischenstaatliches Konfliktrisiko als auch mit Blick auf sein entwicklungs- und integrationspolitisches Potenzial hin untersucht.

Das GIGA Institut für Lateinamerika-Studien analysiert darüber hinaus im Rahmen des Forschungsschwerpunkts 2 die Integrationsprozesse in den Amerikas im Hinblick auf die Rolle regionaler Führungsmächte sowie deren außenpolitische Ausrichtung und Allianzbildung. Gegenüber dem brasilianischen Führungsanspruch hat sich u.a. Venezuela als regionale Mittelmacht in Position gebracht.

GIGA Publikationen zum Thema

Agulló, Juan (2007): „Venezuela allende las elecciones", in: Iberoamericana 25, 175-178.
Flemes, Daniel (2007): Emerging Middle Powers' Soft Balancing Strategy: State and Perspectives of the IBSA Dialogue Forum, GIGA Working Paper Nr. 57, August.
Isidoro Losada, Ana María (2008): „Venezuela: Der bolivarische Prozess und die Demokratie", in: Lateinamerika Analysen 20, S. 141-163.
Maihold, Günther (2008): „TeleSUR: la creación televisiva de ‚lo latinoamericano'", in: Iberoamericana 29, S. 183-188.

Themenschwerpunkt: Venezuela in der Ära Chávez

Brewer-Carías, Allan R. (2008): „Constitution Making in Defraudation of the Constitution and Authoritarian Government in Defraudation of Democracy. The Recent Venezuelan Experience", in: Lateinamerika Analysen 19, S. 119-142.
Bugueño Droguett, Rodrigo/ Placencia Rodríguez, Raúl (2008): „Hugo Chávez y Vladimir Putin: Hidrocarburos, regímenes autoritarios y diplomacia energética", in: Lateinamerika Analysen 19, S. 143-176.
Burchardt, Hans-Jürgen (2008): „Venezuelas neue Antworten auf die soziale Frage: Eine Perspektive für Lateinamerika?" in: Lateinamerika Analysen 19, S. 37-54.
Mähler, Annegret (2008): „Venezuela nach dem Verfassungsreferendum vom 2. Dezember 2007", in: Lateinamerika Analysen 19, 177-187.
Scaglione, Matías D. (2008): „Behind the Discourse: Economic Policy and Performance in Chávez's Venezuela", in: Lateinamerika Analysen 19, S. 55-94.
Toro, Francisco/ Feinman, Sacha (2008): „Invisible Continuities: The Media and Its Freedom in the Venezuelan Petrostate", in: Lateinamerika Analysen 19, S. 95-118.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Die Herausgeber können für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben, nicht haftbar gemacht werden; die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht. Download unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus>.
Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler
Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM